

Hans im Pech

von

Heiner Flassbeck

WuM, März 2003

Am 17. Februar des Jahres 2000 erschien im Berliner "Tagesspiegel" ein Artikel von mir unter dem Titel "Gerhard im Glück". Erlauben Sie mir heute einmal ausnahmsweise, daraus zu zitieren. Dort hieß es: "Der deutsche Aufschwung lebt derzeit fast ausschließlich von einer massiv unterbewerteten Währung. Kann das gutgehen? Nimmt man die Erfahrungen der Vergangenheit zum Maßstab, kann es ein Jahr gutgehen, vielleicht zwei, maximal drei. Und dann? Dann folgt mit Sicherheit der Katzenjammer in Form einer Aufwertung des Euro, die ... weit über's Ziel hinausschießt und zu einer Überbewertung führt. Wer dann nicht im Inland gerüstet ist, muß sich wieder ... all die wunderbaren, aber weder ökonomisch noch politisch realisierbaren Rezepte zum Abbau der Strukturdefizite... anhören".

Der Artikel im Tagesspiegel endete mit einer klaren Vorhersage: "Glück hat Gerhard Schröder. Nur wird es nicht von Dauer sein. Den einzigen Weg, den es gäbe, um einer baldigen weltwirtschaftlichen Abschwächung und einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu entgehen, nämlich die Belebung der Binnennachfrage, kann er nicht gehen, weil er entweder die nötigen Instrumente nicht in der Hand oder selbst aus der Hand gegeben hat. Eine echte Chance hat er also nicht, aber die wird er sicher ergreifen."

Heute, im März 2003, fragt man sich, ob Gerhard Schröder noch in der Lage ist, die letzte Chance zu ergreifen. Der schwache Euro ist Geschichte, die deutschen Exporteure kämpfen um ihre Märkte, die Aktienmärkte fallen auf einen Tiefstand nach dem nächsten, die öffentlichen Investitionen sinken, die Binnennachfrage stagniert und die Arbeitslosigkeit steigt Monat für Monat seit nunmehr zwei Jahren. Inzwischen beginnen einige zu begreifen, daß es so nicht weitergeht. Zwar versichert Hans Eichel noch, am Konsolidierungskurs werde festgehalten, doch die Fronten bröckeln. Nicht nur die Linke in der SPD und der Kanzler selbst, sondern auch die CDU Opposition hat keinen Zweifel daran gelassen, daß jetzt nicht die Zeit für dogmatische Auseinandersetzungen um die Staatsschulden ist. Selbst die Europäische Kommission und die Grünen, vor einigen Wochen noch die größten Sparkommissare, signalisieren Flexibilität. In Europa hat sich immerhin schon die französische Regierung klar vom Stabilitätspakt und dem Ziel eines baldigen Ausgleichs von staatlichen Einnahmen und Ausgaben distanziert, die USA gehen massiv in die Staatsverschuldung, um die hartnäckige Stagnation endlich zu überwinden.

In Deutschland ist es nur eine Frage der Zeit, bis die Konsolidierungsfront endgültig bricht. Noch ein paar Monate Stagnation, das endgültige Ende der Hoffnung auf den Export, ein paar Hiobsbotschaften aus den Sozialversicherungen wegen steigender Lasten durch steigende Arbeitslosigkeit - und die Politik muß reagieren, muß Abschied nehmen von dem Dogma des schuldenfreien Staatshaushalts bis 2006. Schade nur, daß man so lange gebraucht hat, die grundlegenden Lektionen zu lernen. Je länger man wartet, umso teurer wird es nämlich. Wenn die Erwartungen der privaten Haushalte und der Unternehmen erst einmal so weit herunterge-

fahren sind, wie es derzeit der Fall ist, muß man schon eine große Schaufel Kohlen aufladen, um die Maschine wieder in Schwung zu bringen.

Noch schlimmer: Da die amerikanische Regierung vollkommen riesige Staatsdefizite zuläßt und ohnehin riesige Leistungsbilanzdefizite vor sich her schiebt, ist das zögernde Europa und seine Währung das ideale Objekt für die internationalen Spekulation. Daß diese "Investoren" sich nicht scheuen, einem Land, das ohnehin schon am Boden liegt, einen weiteren schweren Schlag zu versetzen, haben sie in Japan schon einige Male gezeigt. Da kann dann nur eine mutige Zentralbank helfen, die sich der Aufwertung der eigenen Währung durch massive Interventionen entgegenstellt. Doch auch in dieser Hinsicht ist in Europa Fehlanzeige, weil die Europäische Zentralbank von Anfang an - ebenso dogmatisch wie die Finanzminister - jeden systematischen Eingriff am Devisenmarkt ablehnt.

Ergreift die Bundesregierung nicht sehr bald die Initiative, wird ihr die Verschuldung wieder einmal aus der Hand genommen. Dann sinken die Einnahmen weiter und die Ausgaben steigen ohne ihr Zutun. Dann sind zwar höhere Schulden das Ergebnis, sie haben keine Anregung für die Wirtschaft mit sich gebracht, sondern lediglich noch Schlimmeres verhindert. Ähnlich ist es mit den Folgen eines möglichen Krieges im Irak, der derzeit allenthalben als denkbare Erklärung für höhere Defizite in die Debatte eingeführt wird. Sollte ein Waffengang tatsächlich erhebliche negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben, werden natürlich die öffentlichen Defizite steigen. Aber auch dieser "automatische Stabilisator", wie er in der Ökonomie genannt wird, verhindert zwar einen noch tieferen Einbruch, führt aber nicht zurück auf einen zufriedenstellenden Wachstumspfad.

Nur wer jetzt über alle seine Schatten springt und offensiv wachstumsanregende Maßnahmen mit höheren Staatsschulden finanziert, kann wirklich etwas erreichen. Wohlgemerkt: Halbherziges Lavieren und reine Interpretationsübungen am Stabilitätspakt verlängern nur das Leiden. Wer nicht die offene Auseinandersetzung in dieser Frage sucht, wird rasch an den Dogmatikern in Brüssel, Frankfurt und in den Hauptstädten einer Reihe von kleinen Ländern scheitern. Ob das alte Personal dazu in der Lage ist, darf man mit Fug und Recht bezweifeln.

P. S.: Ich hatte übrigens am 1. Oktober 1999 in der Süddeutschen Zeitung geschrieben: "Was Hans Eichel nicht versteht: Die Steuersenkung für die Unternehmen kann nicht den gewünschten Erfolg am Arbeitsmarkt bringen, wenn sie verbunden ist mit einem Abbau öffentlicher Defizite. Man kann, wie Reagan in den 80er Jahren, massive Steuersenkungen über höhere staatliche Defizite finanzieren und enorme positive Effekte für die Gewinne der Unternehmen und den Arbeitsmarkt produzieren. Man kann aber nicht beides haben, Solidität im Sinne von Sparen und eine Anregung für die Investitionen."